



Kolsassberg, am 19. März 2018

KUNDMACHUNG

der Sitzung des Gemeinderates vom 13. März 2018

Vorsitzender: Bürgermeister Alfred Oberdanner

Anwesend: Vbgm. MMag. Alois Gruber, Gemeinderäte Werner Eberl, Rudi Egger, Martin Schmalzl, Wilhelm Winkler, Martin Stöckl, Ingrid Unterhofer, Dr. Walter Rabl, Daniel Parger und Josef Heubacher

TAGESORDUNG

1. Bericht vom Obmann des Kindergartenausschusses betreffend weiterer Vorgangsweise zum geplanten Kindergartenzubau und Sanierung Mehrzweckgebäude
2. Beschlussfassung für den notwendigen Bebauungsplan im Bereich des Mehrzweckgebäudes der Gemeinde Kolsassberg
3. Beschlussfassung über die Vergabe weiterer notwendiger Gewerke zum geplanten Bauvorhaben im Bereich des Mehrzweckgebäudes
4. Beschlussfassung über die Festsetzung der Waldumlage 2018
5. Besprechung und Beschlussfassung über den neu geplanten Wasserleitungsverlauf zum Haus der Familie Rabl (geschätzte Mehrkosten € 15.000,00 – Erhöhung BDZW von € 10.000,00). Somit geschätzte Gesamtkosten € 40.000,00 – gesamte BDZW € 25.000,00
6. Bericht vom Überprüfungsausschuss bezüglich der angefallenen Baukosten beim Sportplatzgebäude am Fußballplatz in Kolsass
7. Besprechung und Beschlussfassung für einen neuen Straßennamen im Bereich der Bodenfondsfläche
8. Subventionsansuchen
9. Anträge, Anfragen, Allfälliges

Die Sitzung ist öffentlich.

Nicht öffentlicher Tagesordnungspunkt:

10. Nachträglicher Beschluss über die Anstellung einer Assistentkraft im Kindergarten Kolsassberg ab 12.03.2018 (Karenzstelle befristet bis 31.12.2018).

1. Der Bürgermeister teilt mit, dass inzwischen für drei Gewerke (Baumeisterarbeiten, Zimmermannsarbeiten und Haustechnik) die Angebote vorliegen. Er stellt fest, dass die Angebote sehr kostenintensiv sind. DI Toni Kurz hat die vorliegenden Angebote mit seiner Kostenschätzung verglichen und hält fest, dass wir anhand dieser vorliegenden Angebote um rund 4,5 % über seiner Kostenschätzung liegen. Daraufhin hat der Bürgermeister umgehend noch Kontakt mit der Tiroler Landesregierung aufgenommen um nachzufragen, ob eine Verschiebung des geplanten Zu- und Umbaus auf nächstes Jahr seitens des Landes ein Problem wäre. Dies sei laut Land kein Problem. Der Bürgermeister würde daher anhand dieser vorliegenden Angebote und aufgrund des enormen Zeitdruckes, den wir bei einem Baubeginn im Jahr 2018 nunmehr hätten, an den Gemeinderat vorweg appellieren, den Baubeginn für das geplante Bauvorhaben auf März 2019 zu verschieben.

Ihm sei zwar bewusst, dass die Gewerke im Jahr 2019 nicht billiger würden, jedoch könnte man bei einer Verschiebung um ein Jahr alle notwendigen Gewerke ausschreiben und hätte dann vor dem Baustart einen viel genaueren Kostenspiegel vorliegen. Falls diese Kosten mehr ausmachen sollten als die bereits vorliegende Kostenschätzung, so könnte man noch Nachverhandlungen für die bereits zugesagten Bedarfszuweisungen beim Land führen.

DI Toni Kurz teilt mit, dass das vorliegende Angebot für die Baumeisterarbeiten etwas verfälscht vorliegt. In diesem Angebot stecken auch die anteiligen Kosten für die Erweiterung des Feuerwehraufenthaltsraumes (rund € 37.000,00), und weiters werde der Teilkostenbereich „Tiefbau“ um einiges günstiger als vom Bestbieter angeboten, da die bereits durchgeführten Rammsondierungen und Bodenanalysen ergeben haben, dass die notwendigen Fundamentverstärkungen wesentlich geringer ausfallen werden, als im Angebot der Baufirma ausgewiesen sind. Bei der oben erwähnten Überschreitung von rund 4,5 % sind jedoch diese beiden Faktoren, die das Baumeisterangebot für die Gemeinde billiger machen, bereits berücksichtigt.

Der erstellte Brandschutzplan wurde laut DI Toni Kurz bereits mit der „Stelle für Brandverhütung“ besprochen und für in Ordnung empfunden. Dies jedoch nur, wenn im ersten Stock des Mehrzweckgebäudes bei einer Nutzung des Bewegungsraumes und Teilungsraumes für eine mögliche Veranstaltung nicht mehr als 100 bis 120 Besucher der Veranstaltung beiwohnen. Falls dieser Bereich für mehr Besucher genutzt werden sollte, dann bräuchte es einen zweiten Fluchtweg, der im Brandschutzplan auszuweisen ist. Laut Gemeinderat soll die Besucherzahl bei einer Veranstaltung mit maximal 100 bis 120 Personen festgelegt werden.

Weiters wird mitgeteilt, dass der vom Raumplaner DI Simon Unterberger erarbeitete Bebauungsplan bereits beim Land, Abt. Raumordnung (Dr. Barbara Bischoff und DI Martin Schönherr) vorbesprochen wurde. Laut Abt. Raumordnung könnte dieser so im Gemeinderat beschlossen werden. Der anschließenden notwendigen positiven Verordnungsprüfung seitens des Landes dürfte nach Vorbegutachtung nichts im Wege stehen.

Auf die Frage, wie bei einer Verschiebung auf nächstes Jahr mit den Bestbiestern der vorliegenden Gewerke vorzugehen sei, teilt DI Toni Kurz mit, dass mit diesen Firmen umgehend Kontakt aufgenommen werden müsste, um klärende Gespräche führen zu können.

Der Bürgermeister glaubt, dass die notwendigen Ausweichquartiere höchstwahrscheinlich auch nächstes Jahr zur Verfügung stehen dürften. Auch dies werde umgehend abgeklärt.

GR Wilhelm Winkler informiert den Gemeinderat, wie die Gespräche mit Herrn Franz Schweiger wegen des möglichen Ausweichquartiers der Feuerwehr in das von Franz Schweiger errichtete Hackschnitzzellager verlaufen sind. Dieser wäre bereit, die Feuerwehr mit ihrem gesamten Fuhrpark und der vorhandenen Ausrüstung während der Bauphase dort unter zu bringen. Wie es im Jahr 2019 aussieht, müsste umgehend abgeklärt werden.

Der Bürgermeister bedankt sich bei DI Toni Kurz für seine Ausführungen. Er hält fest, dass wir aufgrund des vorliegenden Zeitdruckes und des nicht abschätzbaren Kostenverlaufes das geplante Projekt auf 2019 verschieben sollten.

Nach durchgeführter Diskussion ist auch der Gemeinderat, das Vorhaben auf das Jahr 2019 zu verschieben.

2. Wie schon erwähnt, wurde die notwendige Änderung des bereits im Bereich des Mehrzweckgebäudes und Nachbargebäudes bestehenden Bebauungsplanes im Vorfeld in der Abt. Raumordnung vorbesprochen. Von Seiten des Landes (Frau Dr. Barbara Bischof und DI Martin Schönherr) dürfte einer positiven Verordnungsprüfung über die vorliegende Änderung des Bebauungsplanes nichts im Wege stehen. Auch ein Gespräch mit dem betroffenen Nachbarn hat es mittlerweile gegeben. Hier wird derzeit ein kleines Stück Grund vom Nachbarn zum Abstellen diverser Sachen seitens der Feuerwehr in Anspruch genommen. Dieser Bereich wird nach Rücksprache mit der Feuerwehr nicht mehr gebraucht und wird daher demnächst geräumt. Weiters wurde dem betroffenen Nachbarn zugesagt, dass sein Feldgrundstück, welches aufgrund der durchgeführten Bodenanalysen beansprucht wurde, im Frühjahr auf Kosten der Gemeinde entsprechend hergerichtet und eingesät wird.

Der Gemeinderat beschließt die Änderung des ergänzenden Bebauungsplanes im Bereich des Mehrzweckgebäudes auf der Gp. 419/2 laut vorliegender Plandarstellung von DI Simon Unterberger, GZ 323-BPL-04 vom 09.03.2018 einstimmig.

3. Der Bürgermeister teilt mit, dass inzwischen ein zweites Angebot für das Gewerk Geotechnik vorliegt. In der letzten GR-Sitzung wurde kein Beschluss gefasst, da zu diesem Zeitpunkt nur ein Angebot vorlag. Jedoch wurde der zuständige Ausschuss auf Grund des Zeitdruckes bevollmächtigt, nach Vorliegen weiterer Angebote das Gewerk vorab zu vergeben. Der Billigstbieter war laut Bürgermeister die Firma Grund und Boden Geotechnik GmbH mit einer Angebotssumme von € 14.685,02 Brutto. Diese Arbeiten wurden wie bereits erwähnt (Rammsondierungen und Bodenanalysen), schon durchgeführt.

Der Gemeinderat beschließt nachträglich die Vergabe des Gewerkes Geotechnik einstimmig.

4. Die Waldumlage 2018 wird in seiner Vorlage in Höhe von € 22.826,72 einstimmig beschlossen.

5. Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat über die neu angedachte Wasserleitung zum Haus der Familie Dr. Walter Rabl. Diese Ausführung wäre für die geplante Wasserversorgung wesentlich besser. Dabei würde auch ein Wasserbehälter von 2.000 Liter zirka 100 Meter westlich entfernt vom betroffenen Haus errichtet. Aufgrund des wesentlich längeren Leitungsverlaufes zum ursprünglichen Plan würden auch die Kosten dementsprechend höher. Das ursprüngliche Projekt wurde mit € 25.000,00 geschätzt und auch so im Voranschlag für 2018 angesetzt. Dafür haben wir eine Zusage an Bedarfszuweisung von € 15.000,00. Die neu angedachte Wasserleitung würde in Summe geschätzte Kosten von € 40.000,00 verursachen. Die Bedarfszuweisung würde dafür von derzeit € 15.000,00 auf € 25.000,00 erhöht. GR Rudolf Egger würde vorschlagen, dass der erwähnte Wasserbehälter nicht 2.000 Liter, sondern mindestens 4.000 Liter Fassungsvermögen haben sollte. Dies würde sich kostenseitig nicht gravierend auswirken, habe aber den Vorteil, dass bei einer eventuellen späteren Versorgung von weiteren Abnehmern bereits Vorsorge getroffen wäre.

Der Gemeinderat beschließt den neu geplanten Wasserleitungsverlauf mit Einbindung des von GR Rudolf Egger vorgeschlagenen 4.000 Liter Wasserbehälters und den angesprochenen Mehrkosten mehrheitlich (GR Dr. Walter Rabl und GR Werner Eberl enthalten sich wegen Befangenheit der Stimme).

GR Rudolf Egger hält fest, dass eine befristete Rodungsgenehmigung eingeholt werden müsse. In diesem Zuge kann auch die Entschädigungszahlung mit dem betroffenen Grundeigentümer ausverhandelt werden.

6. Der Bürgermeister berichtet dem Gemeinderat von der enormen Baukostenüberschreitung, die beim Sportplatzgebäude in Kolsass beim Zu- und Umbau entstanden ist.

GR Werner Eberl, Mitglied unseres Überprüfungsausschusses, war in Vertretung unseres Überprüfungsausschusses bei der Nachüberprüfung dieses Projektes dabei, welches von den Ausschüssen aller drei Gemeinden (Weer, Kolsass und Kolsassberg) durchgeführt wurde. Er liest das Protokoll der Nachüberprüfung vor. Da mittlerweile die Gemeinden Kolsassberg und Weer die angeforderten weiteren Einlagen für dieses Projekt eingestellt haben, bis es eine Erklärung für diese Überschreitungen gibt, möchte GR Werner Eberl erwähnen, dass auch Firmen, die ihre Gewerke ordnungsgemäß erfüllt haben, bis dato ihr Geld nicht zur Gänze erhalten haben. Daher empfiehlt der gemeindeübergreifende Ausschuss den drei Gemeinden, die vorliegende Baukostenüberschreitung in Höhe von € 108.000,00 zu beschließen und 75 % der offenen Einlagen durch die jeweilige Gemeinde freizugeben, damit die Firmen, die ordnungsgemäß gearbeitet haben, bezahlt werden können.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Gemeinde Kolsassberg aufgrund der vorliegenden Überschreitung um eine weitere Bedarfszuweisung für 2018 beim Land angesucht hat. Weiters wird er mit dem Bürgermeister von Kolsass ein Gespräch führen, wo ihm

mitgeteilt wird, dass wir mit der Vorgangsweise (nie eine Verständigung, dass große Kostenüberschreitungen vorliegen) absolut nicht einverstanden sind. Ebenso werde ihm mitgeteilt, dass die Ausschreibung und die Bauaufsicht sehr mangelhaft waren.

Nach durchgeführter Diskussion beschließt der Gemeinderat die vorgetragenen Empfehlungen der drei Prüfungsausschüsse einstimmig.

7. Der Bürgermeister teilt mit, dass nunmehr einige Rückmeldungen bezüglich eines neuen Straßennamens im Bereich der Bodenfondsfläche eingegangen sind. Daraus geht eindeutig hervor, dass die neue Adresse dort „Hoferfeld“ lauten sollte. Der vom Gemeinderat angedachte Name „Hoferanger“ gefällt den zukünftigen Bewohnern nicht.

Der Gemeinderat hat diesbezüglich nichts einzuwenden und beschließt einstimmig, dass die Straßenbezeichnung im Bereich der Bodenfondsfläche zukünftig „Hoferfeld“ lauten soll.

8. Subventionsansuchen

Der Gemeinderat beschließt einstimmig folgende Subventionen:

- Obst- und Gartenbauverein Kolsass-Kolsassberg-Weer Subv. 2018 € 200,00
- Einmaliger Zuschuss für das Musical „Tanz der Vampire“ € 200,00

9. Allfälliges:

- a) GR Josef Heubacher fragt wegen der geplanten Pumpversuche für die Notwasserversorgung beim Wasserbehälter (Bereich Egger Josef) nach. Der Bürgermeister teilt mit, dass die Baumstämme noch immer auf dem Zugangsbereich beim Wasserbehälter liegen, und somit derzeit kein Zugang möglich ist. Sobald nun der Schnee weg ist, wird er sich dieser Sache annehmen. Diesbezüglich möchte der Vbgm. MMag. Alois Gruber mitteilen, dass auch die geplanten Lärmschutzmaßnahmen beim Kühlturm im Bereich von Konrad Gabmair umgehend umgesetzt werden müssten.
- b) Der Bürgermeister berichtet, dass ja geplant sei, das Schigebiet am Glungezer zu modernisieren. Bei der Finanzierung dieses Projektes sollten auch die Planungsverbandsgemeinden einen Beitrag leisten. Laut vorliegender Kostenschätzung wäre unser Kostenanteil knapp € 1000,00 pro Jahr. Die Laufzeit würde 25 Jahre betragen. Vorausgesetzt, dass alle Gemeinden mitmachen. Dazu wird demnächst der Geschäftsführer Herr Walter Höllwarth zu uns kommen, um das geplante Projekt im Detail dem Gemeinderat vorzustellen.
- c) GR Martin Schmalzl berichtet von zwei Beiratsitzungen, die kürzlich bezüglich des gemeindeübergreifenden Kinderzentrums in Weer stattgefunden haben. Ergänzend zu diesem Bericht teilt der Vizebürgermeister mit, dass der Vertrag mit der Firma Ledermaier demnächst auslaufe. Hier müssten neue Varianten für die Beförderung der Kinder angedacht werden. Der Bürgermeister bedankt sich bei den Beiratsmitgliedern. Zum vorgetragenen Bericht möchte er festhalten, dass es immer die einhellige Meinung aller drei Gemeinden gab, dass die

Vormittagsbetreuung der Kindergartenkinder in der jeweiligen Gemeinde statt zu finden habe. Dies soll auch so beibehalten werden.

- d) Der Bürgermeister gibt bekannt, dass am 26.5.2018 die Einweihung des sanierten Sportplatzgebäudes stattfindet. Zusammen mit dieser Feier wäre auch geplant, den gewonnenen „Frühschoppen“ (Gemeindekooperationspreis) zu machen.
- e) GR Josef Heubacher, der bei der letzten GR-Sitzung entschuldigt war, möchte festhalten, dass seiner Ansicht nach die beschlossene neue Vorgangsweise betreffend Kostenersatz bei Tierkadaverentsorgungen durch die Gemeinde nicht gerecht sei, da es nur einen Kostenersatz für wenige Tierkadaver gäbe. Der Gemeinderat ist nicht seiner Meinung und hält fest, dass wir uns diese neue Regelung bis auf weiteres anschauen werden. Bei Notwendigkeit werde diese Thematik wieder im Gemeinderat besprochen.

Nicht öffentlicher Tagesordnungspunkt

- 10. Der Gemeinderat beschließt nachträglich die Anstellung von Frau Nadja Kofler als Assistentkraft im Kindergarten Kolsassberg (Karenzstelle - befristet bis 31.12.2018) mit einem Beschäftigungsausmaß von 37,50 % einstimmig.

Der Dienstantritt war bereits am 12.03.2018. Der Gemeindevorstand wurde in der letzten GR-Sitzung vom Gemeinderat bevollmächtigt, die Einstellungsgespräche zu führen und aufgrund von Zeitmangel auch die Entscheidung zu treffen, wer die ausgeschriebene Stelle bekommen soll (bei den Einstellungsgesprächen war auch GR Ingrid Unterhofer und die Kindergartenleiterin Frau Karin Lieb) anwesend.

An die Amtstafel angeschlagen
am 19. März 2018
Abgenommen am

Schriftführer:
Christian Hochschwarzer



Der Bürgermeister:



(Alfred Oberdanner)

